

1.1 Weil gutes Korn nicht vom Himmel fällt: Landwirtschaft

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Wir streiten für eine vielfältige, in der Region verankerte ökologische Landwirtschaft, die unsere
2 Ressourcen schützt, gesunde Lebensmittel und faire Einkommen für die Landwirt*innen hervorbringt,
3 unsere Kulturlandschaft pflegt und achtsam mit den Tieren umgeht. Die Voraussetzungen dafür sind sehr
4 gemischt: Einerseits machen sich viele Betriebe auf den Weg, gibt es exzellente Agrarforschung, fragen
5 Brandenburger und Berliner Verbraucher*innen immer mehr ökologisch, regional und tiergerecht erzeugte
6 Produkte nach.

7 Andererseits haben vierzig Jahre DDR-Agrarpolitik mit Zwangskollektivierung, rücksichtslosen Maßnahmen
8 zur sogenannten „Bodenverbesserung“ (Melioration) und Höchsttragskonzeption eine Landwirtschaft
9 hervorgebracht, die beträchtlich an der Substanz des Bodens zehrte. In den knapp dreißig Jahren danach
10 hat sich in weiten Teilen des Landes an diesem Zustand wenig geändert. Die Fruchtbarkeit vieler Böden
11 nimmt durch Übernutzung, Wind- und Wassererosion und Vernichtung der Bodenlebewesen ab und wird
12 durch den Einsatz von Kunstdünger und Pflanzenschutzmitteln nur kaschiert. Die Artenvielfalt in der
13 offenen Kulturlandschaft nimmt dramatisch ab. Auf die in Folge der Klimaerhitzung zunehmenden
14 Wetterextreme ist die Landwirtschaft im Land kaum vorbereitet. Auch nimmt sie ihre Verantwortung bei
15 der Reduzierung von Klimagasen nicht ausreichend wahr.

16 Der „Brandenburger Weg“ in der Landwirtschaft bedeutet seit 1990 Verteidigung der konventionell
17 wirtschaftenden Großbetriebe und Ausbau der industriellen Massentierhaltung. Der Ausbau des
18 Ökolandbaus stagniert seit Jahren, die Nachfrage übersteigt das Angebot bei Weitem. Höchste Zeit für eine
19 zukunftsorientierte, nachhaltige Landwirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der kommenden
20 Generationen orientiert! Mit einer fortschrittlichen Agrarpolitik und einer ökologischer orientierten
21 Verteilung der Subventionen wollen wir Landwirt*innen und Verbraucher*innen einander näher bringen.
22 Den Landwirt*innen wollen wir tragfähige Perspektiven in der regionalen und ökologischen Vermarktung
23 eröffnen, denn wir brauchen sie sowohl als Akteure für eine nachhaltige Landwirtschaft, als auch als
24 Impulsgeber*innen für die regionale Entwicklung.

25 **Ökologische Landwirtschaft voranbringen**

26 Die intensive Landwirtschaft mit Monokulturen, Ackergiften und Überdüngung gehört zu den
27 Hauptursachen für das Artensterben. Wir streben mittelfristig eine ökologische Landwirtschaft ohne
28 Pestizide und Kunstdünger für ganz Brandenburg an. Mit einem ambitionierten Reduktionsprogramm
29 wollen wir den Einsatz von Ackergiften deutlich reduzieren: Als ersten Schritt wollen wir den Einsatz von
30 Glyphosat auf Landesflächen verbieten. Wir wollen Beratung und Förderung für Alternativen beim
31 Pflanzenschutz ausbauen. In Naturschutz- und Wasserschutzgebieten wollen wir den Einsatz von Pestiziden
32 ganz ausschließen. Die Förderung des Ökolandbaus, vielfältiger Fruchtfolgen und der Anlage von
33 blütenreichen Ackerrainen und Heckenstrukturen stärken wir. Auf dem Weg in eine vollständig ökologische
34 Landwirtschaft unterstützen wir auch konventionelle Betriebe, die in bewusster Abkehr vom Leitbild einer
35 industriellen Landwirtschaft auf ihren Bauernhöfen naturschonend wirtschaften.

36 Angesichts von mehr als 300 Mio € an Fördermitteln, die pro Jahr in Brandenburgs Landwirtschaft fließen,
37 ist die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft keine Frage zusätzlicher Mittel, sondern eine der
38 Umverteilung innerhalb des bisherigen Systems. Die europäische Agrarpolitik muss den umweltgerechten,
39 klimafreundlichen Umbau der Landwirtschaft voranbringen. Wir wollen jeden Euro der Agrarförderung auf
40 das Erbringen öffentlicher Leistungen in den Bereichen Klima, Natur- und Umweltschutz, Tierwohl und die
41 Stärkung der bäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft konzentrieren. Die Vorschläge der
42 EU-Kommission zu reduzierten Flächenprämien ab 60.000 Euro pro Betrieb und zur Einführung
43 betriebsbezogener Obergrenzen von 100.000 Euro bei den Direktzahlungen unterstützen wir.
44 Landwirtschaftsunternehmen müssen von ihren Erträgen leben können, deshalb streben wir langfristig
45 eine Abschaffung der heutigen Flächenprämien an.

46 Die Möglichkeiten zur Junglandwirteförderung wollen wir vollständig nutzen und auf alle
47 Neugründer*innen unabhängig vom Alter ausweiten. Die Liberalisierung der Agrarmarktpolitik und die
48 Fixierung auf den Weltmarkt haben die wirtschaftliche Situation der Landwirt*innen eher verschlechtert
49 als verbessert. Wir wollen daher Maßnahmen ergreifen, um regionale Qualitätsmärkte zu erschließen und
50 die Stellung der Landwirt*innen in der Wertschöpfungskette zu verbessern. Zudem muss die sogenannte
51 gute fachliche Praxis des Landes Brandenburg nach verbindlichen ökologischen Kriterien überarbeitet
52 werden: Sie soll unter anderem Maßnahmen zum Schutz landwirtschaftlicher Böden und zum Erhalt und
53 dem Aufbau von Bodenhumus vorgeben.

54 Gentechnik in der Landwirtschaft forciert den Pestizideinsatz und vernichtet Saatgutvielfalt. Wir wollen
55 eine zu 100 Prozent gentechnikfreie Landwirtschaft. Wir wollen die freiwilligen Zusammenschlüsse von
56 landwirtschaftlichen Betrieben in Brandenburg zu gentechnikfreien Regionen unterstützen. Das klare
57 Urteil des europäischen Gerichtshofs, dass auch die sogenannte "Genschere" und andere neue
58 Gentechnikmethoden unter das bestehende Gentechnikrecht fallen, begrüßen wir ausdrücklich. Nur so
59 können das Vorsorgeprinzip umgesetzt und die Wahlfreiheit für Verbraucher*innen und Landwirt*innen
60 garantiert werden. Versuchen, das Gentechnikrecht abzuschwächen, werden wir entschieden
61 entgegentreten. Auf Bundes- und EU-Ebene setzen wir uns gegen Gesetze zur Zulassung und Vermarktung
62 von gentechnisch verändertem Saatgut oder zum Patentschutz gentechnisch veränderter Pflanzen und
63 Tiere ein.

64 **Grünes Klima für Gründung und Hofnachfolge schaffen**

65
66 Landwirtschaftliche Unternehmen sowie Obst- und Gartenbaubetriebe sind für den Erhalt ländlicher
67 Strukturen unverzichtbar. Für eine Vielzahl von Unternehmen steht in den nächsten Jahren eine
68 Hofübergabe an, bei rund Zweidritteln ist diese noch nicht geklärt. Gleichzeitig nimmt die Zahl
69 Gründungswilliger zu. Hier braucht es politische Unterstützung, um Neu-Gründungen und Hofübergaben zu
70 begleiten. Wir wollen dazu eine "Gründungs- und Hofnachfolgestrategie für die Landwirtschaft" entwickeln.
71 Mit der Einrichtung einer "One-Stop-Agentur" wollen wir die bürokratischen Hürden für Gründungswillige
72 möglichst niedrig halten. Beratungs- und Weiterbildungsangebote sowohl für das Thema Hofnachfolge als
73 auch für Neugründungen wollen wir zielgerichtet ausbauen.

74
75 Wer neu gründen will, braucht Zugang zu Land. Die Art der Bodenprivatisierung durch die
76 Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) befördert die Preistreiberei für landwirtschaftliche
77 Flächen und deren Konzentration in immer größeren Betrieben und steht so einer regional verankerten
78 bäuerlichen Landwirtschaft entgegen. Wir wollen daher Transparenz bei der Bodenvergabe schaffen und
79 sozial-ökologische zum Maßstab der Vergabe machen. Wir wollen mit dem Bund über die Überführung
80 aller BVVG-Flächen in Landesbesitz verhandeln und diese als Grundstock für eine landeseigenen
81 Siedlungsgesellschaft nutzen. Solange dies noch nicht erreicht ist, wollen wir die Überarbeitung der
82 Vergabe-Regeln für BVVG-Flächen zu Gunsten von Junglandwirt*innen sowie Existenzgründer*innen
83 einfordern. Wir wollen mit den Verbänden ein Agrarstrukturgesetz erarbeiten, um den Erwerb von
84 landwirtschaftlichen Flächen und Anteilen an Landwirtschaftsbetrieben durch außerlandwirtschaftliche
85 Investoren zu erschweren und die

86 Funktion des Bodenmarkts zugunsten ortsansässiger Betriebe zu verbessern. Landeseigene Agrarflächen
87 wollen wir grundsätzlich nicht mehr verkaufen. Die in den 90er Jahren vom Land enteigneten
88 Neusiedlerflächen wollen wir an deren Erben zurückgeben.

89
90 Als Teil unser Wirtschafts- und Agrarpolitik wollen wir in Brandenburg die Anzahl verarbeitender Betriebe
91 wie Molkereien, Saftpressen und Getreidemühlen erhöhen, damit möglichst viele Produkte unmittelbar in
92 der Region weiterverarbeitet werden können. Auf diese Weise wollen wir Transportwege in den
93 Handelsketten verkürzen, regionale Vermarktung fördern und gut bezahlte Arbeitsplätze nach Brandenburg
94 holen.

95 **Massentierhaltung überwinden**

96 Brandenburg verfügt bundesweit über überdurchschnittlich große Tierhaltungsanlagen. Sauen werden in
97 Kastenstandhaltung eingepfercht, ein Huhn lebt in der Regel mit 24 Artgenossen auf nur einem
98 Quadratmeter. Die Riesenstrukturen der industriellen Massentierhaltung begünstigen Verstöße gegen die
99 ohnehin laxen Nutztierhaltungsverordnung und erschweren ein effektives Vorgehen gegen Missstände. Sie
100 führt systembedingt zu einem enormen Verbrauch von Antibiotika, was die Bildung multiresistenter Keime
101 befördert und letztlich auch die Wirksamkeit von Antibiotika in der Humanmedizin gefährdet. Außerdem
102 sind durch die Abluft bzw. mangelhafte Filter die Anwohner*innen von verunreinigter und teilweise
103 kontaminierter Abluft betroffen. Zudem konzentriert sie die Umweltbelastung rund um die Megaställe.
104 Dort fallen durch industrielle Massentierhaltung riesige Mengen an Tierkot an, die unser Grundwasser
105 immer stärker mit Nitrat-, Phosphat und Schwermetallen belasten. Der Import von Futtermitteln aus
106 Soja-, Palmöl- und anderen Plantagen mit Monokulturen hat katastrophale Folgen für Mensch und Umwelt
107 in den Herkunftsländern. Unser Export von subventionierten landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu
108 Dumpingpreisen zerstört zugleich lokale Märkte in Afrika und Asien und trägt zum Hunger in der Welt
109 bei.

110 Die rot-rote Landesregierung war bislang unwillig etwas an diesen Zuständen zu ändern. Schlimmer noch,
111 sie förderte den weiteren Ausbau der industriellen Tierhaltung allein seit 2009 mit über 70 Millionen Euro,
112 flankiert durch eine großzügige Genehmigungspraxis des Landesamtes für Umwelt. Dies gilt im Übrigen
113 auch für Schlachthöfe. Erst durch den gemeinsamen Druck durch die lokale Bürgerinitiative und uns
114 musste der Wiesenhof-Schlachthof in Königs Wusterhausen die Schlachtungen auf das genehmigte Maß
115 zurückschrauben. Die Menschen in Brandenburg haben mit dem erfolgreichen Volksbegehren gegen
116 Massentierhaltung Anfang 2016 mit 104.000 Unterschriften deutlich gezeigt, dass sie eine andere
117 Tierhaltung in Brandenburg wollen. Der hieraus resultierende Kompromissbeschluss des Landtags hat
118 einige Forderungen des Volksbegehrens aufgegriffen, ohne jedoch eine Neuausrichtung der
119 Landwirtschaftspolitik erreichen zu können. Für uns sind die Forderungen des Volksbegehrens und die
120 Umsetzung des

121 Tierschutzplans eine wichtige Grundlage für die Ausrichtung der zukünftigen Landwirtschaftspolitik .

122 Um die Massentierhaltung zu überwinden wollen wir in Brandenburg alle uns zur Verfügung stehenden
123 Instrumente nutzen. Dazu gehören unter anderem die Überarbeitung des Landesimmissionsschutzrechts
124 und der Brandenburgischen Bauordnung für mehr Brandschutz. Um Tierschutzverletzungen schon früh zu
125 verhindern wollen wir den Tierschutzverbänden ein Kontrollrecht gegenüber den Genehmigungsbehörden
126 einräumen (Verbandsklagerecht). So wollen wir den Tierschutz bereits bei Genehmigungsverfahren zur
127 Geltung zu bringen und diesen im Betrieb auch sicherstellen. Wir wollen zudem deutlich mehr
128 Tierschutzkontrollen. Bisher werden Tierhaltungsbetriebe in Brandenburg im Durchschnitt nur alle 16,5
129 Jahre kontrolliert, mit Ankündigung und nur in Teilbereichen. Auch bei Tiertransporten wollen wir mehr
130 Kontrolle. Nur 0,4 Prozent der Tierschutzkontrollen bei Tiertransporten finden auf der Straße statt. Doch
131 alle gesetzlichen Vorschriften sind nur hohle Worte, wenn Sie in der Realität nicht durchgesetzt werden.
132 Dafür wollen wir die Kontrollen deutlich ausweiten und Tiertransporte in Länder außerhalb der EU
133 solange aussetzen, bis der gesetzlich vorgeschriebene Tierschutz gewährleistet werden kann. Wir lehnen
134 aber auch Tiertransporte innerhalb der EU ab, bei denen lebende Tiere auf langen Strecken zu
135 Megaschlachtfabriken transportiert werden.

136 Vor allem aber wollen die Alternativen zur industriellen Massentierhaltung voranbringen: Mit einer
137 Neuausrichtung der Agrarinvestitionsförderung sollen nur noch Betriebe gefördert werden, die
138 umweltverträglich und nach strengen Tierschutzstandards arbeiten. Wir wollen die Freilandhaltung
139 insbesondere von Rindern, Schafen, Hühnern und Schweinen fördern. Hier wollen wir die
140 Baugenehmigungspflicht für mobile Hühnerställe wie in anderen Bundesländern abschaffen. Damit Tiere
141 möglichst wenig leiden und der Transport begrenzt wird, wollen wir die mobile Schlachtung als Alternative
142 voranbringen. Die extensive Schweinefreilandhaltung mit vom Aussterben bedrohten alten Haustierrassen
143 trägt durch das Offenhalten von Kulturlandschaften zur Landschaftspflege bei und steigert den
144 touristischen Wert ländlicher Räume. So produzieren wir nicht nur gesundes Fleisch, sondern stärken
145 zugleich die Attraktivität unserer Region und erhöhen die Artenvielfalt.

146 Klar ist aber auch: Die industrielle Massentierhaltung kann nicht von Brandenburg allein überwunden
147 werden. Bundesweit setzen wir uns dafür ein, flächengebundene Tierhaltung zur Regel zu machen: Nur
148 Betriebe, die ihr Futter überwiegend selbst erzeugen, sollen eine baurechtliche Privilegierung als
149 landwirtschaftlicher Betrieb bekommen. Als Zwischenschritt wollen wir absolute Tierzahlen-Obergrenzen
150 für Ställe einführen, die sich mindestens an den Vorgaben der ökologischen Anbauverbände sowie des
151 Deutschen Tierschutzbundes orientieren. Wir wollen eine konsequente Anwendung des bestehenden
152 Tierschutzrechtes und der EU-Tierschutzvorgaben in der Landwirtschaft durchsetzen. Tiere dürfen nicht
153 länger an die Ställe angepasst werden, sondern Ställe müssen den Bedürfnissen der Tiere gerecht werden.
154 Das Kupieren von Schwänzen bei Schweinen muss ebenso beendet werden wie das Kürzen von Schnäbeln
155 beim Geflügel und das Enthornen von Rindern. Ebenso wollen wir einen schnellen Ausstieg aus der
156 Kastenstandshaltung für Sauen. Die betäubungslose Kastration von Ferkeln lehnen wir ab.

157 **Wir retten die Bienen!**

158 Bienen und andere Insekten sind für unser Ökosystem und insbesondere für unsere Ernährung
159 unverzichtbar. Die von Monokulturen geprägte Landwirtschaft entzieht ihnen jedoch zunehmend ihre
160 Nahrungsgrundlage und zerstört ihre Lebensräume. In Kombination mit dem massiven Einsatz von
161 Ackergiften und der Überdüngung ist die Artenvielfalt von Wildbienen und Insekten massiv bedroht,
162 gleiches gilt für die Honigbienenenvölker. Eine extensive oder ökologische Landnutzung hingegen schafft
163 eine funktionierende Symbiose zwischen Imkerei und Landwirtschaft. Vielfältige Fruchtfolgen,
164 Randstreifen, Hecken, Steinhäufen und andere Strukturelemente sowie der Verzicht auf Pestizide und
165 Gentechnik sind unverzichtbare Elemente einer insektenfreundlichen Landwirtschaft.

166 Um Lebensräume für Insekten zu schaffen und die Nahrungsgrundlage zu verbessern wollen wir
167 Förderprogramme zur Anpflanzung von Blühstreifen, Randstreifen, extensivem Grünland, Obst-Baumreihen
168 und Gehölzen auflegen und ausweiten sowie die Umstellung auf Ökolandbau besser fördern. Den Einsatz
169 von Pestiziden wollen wir durch Forschung, Beratung und Förderung deutlich reduzieren, um mittelfristig
170 komplett auf sie zu verzichten. Zugleich müssen Bienenweidepflanzungen auf öffentlichen Flächen und
171 Zwischenfruchtaussaaten nach der Getreideernte gefördert werden. Auf Gebäuden der Landesverwaltung
172 und -behörden wollen wir das Aufstellen von betreuten Bienenvölkern unterstützen und werden intensive
173 Zusammenarbeit mit regionalen Imkerverbänden anregen. Das Neuimker*innen-Programm des Landes
174 wollen wir ausbauen.

175

176 **Brandenburgs Landwirtschaft für die Heizeit wappnen**

177

178 Brandenburgs Landwirtschaft ist im europäischen Vergleich vor allem aufgrund der besonders armen
179 Böden überdurchschnittlich heftig von der Klimaerhitzung betroffen. Die Extremwetterschden nehmen
180 jährlich zu, die Kompensationszahlungen aus dem Landeshaushalt haben in den letzten Jahren zweistellige
181 Millionenbeträge erreicht. Gleichzeitig gibt es kaum Landesmittel und Beratung zur Klimaanpassung,
182 ebensowenig zur Reduzierung von Klimagasen. Wir wollen ein umfassendes Klimafitnessprogramm für die
183 Brandenburger Landwirtschaft auflegen und viele Maßnahmen wie ökologischen Landbau,
184 Humusaufbauprojekte, Gewässerrandstreifen, Heckenpflanzungen, Bewsserungstechniken oder Weinbau
185 bündeln und mit großen Schritten voranbringen.